

Ländlicher Raum auf Roter Liste – Herausforderungen und Chancen

27. Bundestagung der DLKG
4. bis 6. Oktober 2006 in Montabaur

Zusammenfassung

27. Bundestagung
4. bis 6. Oktober in Montabaur

Ländlicher Raum auf Roter Liste – Herausforderungen und Chancen

Die demographische Entwicklung in Deutschland ist der aktuelle Hintergrund, neue Strategien für die Zukunft des ländlichen Raumes zu erarbeiten.

Analysen und Prognosen lassen erwarten, dass insbesondere der dünn besiedelte ländliche Raum die negativen Folgen des Geburtenrückgangs und der Alterung verkraften muss. In ländlichen Räumen wird der in ganz Deutschland bereits erfolgte Geburtenrückgang noch verstärkt, weil hier fast überall noch eine Abwanderung von Teilen der Bevölkerung hinzukommen wird. Vor allem jüngere Leute am Anfang ihrer Berufstätigkeit und in der Phase der Familiengründung werden in die Großstädte oder in das Umland der Ballungszentren abwandern, wenn nichts geschieht.

Für Wanderungswege gibt es vor allem eine Bestimmungsgröße: Die Versorgung des ländlichen Raumes mit einer ausreichenden Zahl von dauerhaften und hinreichend qualifizierten Arbeitsplätzen.

Dies bietet Chancen: Bei der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen kann auch die Integrierte Ländliche Entwicklung wirksame Hilfe leisten. Unter entscheidender Mitwirkung der mit der Wirtschaft verbundenen Menschen in der Region soll die Kreativität der Akteure im ländlichen Raum geweckt werden. Die Gründerinitiativen sollen unterstützt und das sogenannte „endogene Potenzial“ der ländlichen Regionen zu besonderen Standortvorteilen ausgebaut werden.

Die DLKG will in ihrer Jahrestagung am 4. bis 6. Oktober 2006 die mit der demographischen Entwicklung in Deutschland verbundenen Herausforderungen und Chancen erörtern und die wissenschaftlichen und administrativen Rahmenbedingungen diskutieren.

Armin Werner

Vorsitzender der DLKG

Inhalt

PODIUMSDISKUSSION: VERARMUNG, ALTERUNG, ABWANDERUNG – LOGISCHE ABFOLGE DER DEMOGRAPHISCHEN ENTWICKLUNG? – NEIN: CHANCEN UND PERSPEKTIVEN FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM!	5
Nachhaltige Raumentwicklung – Wünsche und Wirklichkeiten zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land, Prof. Dr. Ulrike Grabski-Kieron, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Institut für Geographie.....	5
Agrarpolitik - Wirkungsansätze für Arbeitsplätze und Gründungsprozesse im ländlichen Raum, Ralf Hornberger, Leiter der Abteilung für Landentwicklung, Agrarpolitik und Markt, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, des Landes Rheinland-Pfalz	7
Was können „reformierte“ Landentwicklungsinstitutionen überhaupt noch leisten?, Dr. Peter Jahnke, Vorsitzender des Fachbeirats der Schule für Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten.....	10
Zukunft des ländlichen Raumes aus Sicht der Kommunen, Gestaltungsansätze und Wirkungen, Wolfgang Kunz, Bürgermeister, Puderbach, Westerwald.....	14
Wohnen auf dem Land – macht Eigenwertigkeit zukunftsfähig?, Dr. Angela Kunz, Referat Ländliche Entwicklung, Sächsische Landesanstalt für Landwirtschaft Dresden.....	17
Anschrift der Autoren.....	18
VORTRAGSVERANSTALTUNG: NEUE WEGE FÜR WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG IM LÄNDLICHEN RAUM!.....	20
Ländlicher Raum ohne Menschen – was bedeutet das?, Martina Kocks, Projektleiterin, Referat Regionale Strukturpolitik und Städtebauförderung, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn	20
Der Beitrag Integrierter Ländlicher Entwicklung zur Schaffung von Arbeitsplätzen unter besonderer Berücksichtigung der demographischen Entwicklung in Deutschland, Prof. Dr. Karl-Heinz Thiemann, Professur für Landmanagement, Universität der Bundeswehr München, Neubiberg.....	23
Leitlinien für die Entwicklung des ländlichen Raumes in Sachsen-Anhalt – ein neues Modell für vernetztes Denken und Handeln, Hubertus Bertling, Referat für Landentwicklung, Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Sachsen-Anhalt	26
Werbung auf dem Land - Geht das?, Michael Birk, Geschäftsführer, ABRESCH plus Werbeagentur GmbH, Montabaur.....	30

Rahmenbedingungen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft Erfahrungen mit Konzepten aus ILE-Regionen, Dr. Karl J. Eggers, MarketingBeratung MBE, Lambrecht.....	31
Erfolgreiches Standortmarketing - das Beispiel Adenau, Hermann-Josef Romes, Bürgermeister, Adenau, Eifel	35
Anschrift der Autoren.....	38

Podiumsdiskussion: Verarmung, Alterung, Abwanderung – logische Abfolge der demographischen Entwicklung? – nein: Chancen und Perspektiven für den ländlichen Raum!

Nachhaltige Raumentwicklung – Wünsche und Wirklichkeiten zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land, Prof. Dr. Ulrike Grabski-Kieron, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Institut für Geographie

Die Novelle des ROG 1998 rückte das Leitbild nachhaltiger Raumentwicklung an zentrale Stelle der Leitvorstellungen der Raumordnung. Ein anderes, bis dahin zentrales Leitbild, nämlich das der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilräumen des Landes wurde nun in den Kanon anderer gleichrangiger Leitvorstellungen eingereiht.

Dieses Leitbild „Gleichwertigkeit“ ist nicht nur heute, sondern auch in der Vergangenheit gerade im Bezug auf seine Kriterien, den Maßstab der Gleichwertigkeit, in Bezug auf seine Bezugsräume und natürlich hinsichtlich seiner Umsetzung und Zielerfüllung immer wieder diskutiert worden.

Die heutige Diskussion über die zukünftige Gültigkeit dieses Leitbildes ist also grundsätzlich nicht neu.

Gleichwertigkeit ist das Leitbild der Raumordnung nur zu verstehen vor dem Hintergrund des Prinzips sozialer Marktwirtschaft und des damit zusammenhängenden Staatsprinzips. Es ist Ausdruck sozialen Ausgleichs und einer anzustrebenden Verteilungsgerechtigkeit und basiert unmittelbar auf dem Sozialprinzip gem. Art 20. GG und dem Benachteiligungsverbot gem. Art 3 GG. Hier liegt auch die Legitimation des Staates, mit steuernden Eingriffen in die Raumentwicklung, z. B. mit seinen raumwirksamen Fachpolitiken und deren Fördermechanismen, einzugreifen.

Gegenüber früheren Jahrzehnten liegen heute erheblich veränderte Rahmenbedingungen für die Politik vor: Die finanziellen Spielräume der öffentlichen Haushalte sind ausgereizt. Vor dem Hintergrund von Globalisierung und europäischer Kohäsion folgt die Politik heute anderen Leitbildern: Sie werden im Besonderen aktuell maßgeblich an der Lissabon-Strategie der EU für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit orientiert. In der realen Raumentwicklung des letzten Jahrzehnts zeigen sich vor dem Hintergrund von demografischen Wandel und gesamtwirtschaftlicher Entwicklung eher zunehmende als abnehmende räumliche Disparitäten mit allen Folgewirkungen z. B. für Arbeits- und Wohnungsmärkte oder für die Infrastrukturausstattungen. Schließlich hat sich auch Planungsverständnis in der lokalen und regionalen Entwicklung verändert.

Dies alles muss zwangsläufig zu einer Überprüfung bisheriger Leitbilder führen. In anbetracht der grundgesetzlichen Gebote werden wohl auch für die Zukunft drei Leitbilder relevant sein. Sie beziehen sich auf die Stärkung von Metropolregionen, die Sicherung der Daseinsvorsorge nicht zuletzt auf die Wahrung der natürlichen Ressourcen und der Kulturlandschaften. Damit werden für die Raumordnung auch zukünftig Entwicklungs-, Ordnungs- und Ausgleichsziele Bedeutung behalten. Gleichzeitig beginnt auch eine Neuinterpretation des Gleichwertigkeits-Leitbildes. Damit könnten zwei bemerkenswerte Aspekte verbunden sein: Der räumliche Bezugsmaßstab für eine vergleichende Bewertung von Gleichwertigkeit könnte sich verschieben, 2. Eine Akzentverschiebung in der Ausgleichspolitik wird voraussichtlich eintreten: In der Zukunft wird es mehr als früher darum gehen müssen, gezielt rückständige Entwicklungen in den am stärksten gefährdeten Regionen „aufzufangen“ mit dem Ziel, den bundesstaatlichen Zusammenhalt in den Wirtschafts- und Sozialsystemen nicht zu gefährden. In den Mittelpunkt dürfte dann mehr als früher die Frage des „Mindestausgleichs“ in den Vordergrund rücken.

Agrarpolitik - Wirkungsansätze für Arbeitsplätze und Gründungsprozesse im ländlichen Raum, Ralf Hornberger, Leiter der Abteilung für Landentwicklung, Agrarpolitik und Markt, Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, des Landes Rheinland-Pfalz

1. Landwirtschaft und Weinbau bilden zusammen mit der Forstwirtschaft das „Herzstück“ der ländlichen Räume (zentrale Rolle; unverzichtbarer Bestandteil; tragende Säulen im ländlichen Raum):

- Produktion hochwertiger Nahrungsmittel und Erzeugung nachwachsender Rohstoffe sowie Bioenergie,
- Sicherung und Pflege der Kulturlandschaft (Landwirtschaft = 43% der Landesfläche; Lawi und Forstwirtschaft über 85% der Landesfläche),
- Grundlage für Fremdenverkehr mit über 130.000 Arbeitsplätzen und 4,3 Mrd. Umsatz,
- hier: Kooperationsmodelle zwischen Landwirtschaft, Weinbau, Gastronomie entstanden,
- bedeutender Wirtschaftsfaktor zusammen mit vor- und nachgelagertem Bereich (in RP schätzungsweise 200.000 Arbeitsplätze in Lw,Wb und Fw; bundesweit 230.000 Arbeitsplätze in der Verwertung nachwachsender Rohstoffe aus der Landwirtschaft; jeder 10. Arbeitsplatz steht in Verbindung mit Lawi),
- „Motor für Innovationen“ (z. B. Forstprozessoren; Melkroboter; GPS-Technik; Biogas/Solartechnik = neue Märkte entstanden + Berufsfeld „Bioenergieberater“) und

Gründungsideen:

- hochwertige IT-Technik auf jedem Hof = Markt für entsprechende Dienstleister,
- Werbung für touristische Angebote = Markt für Werbeunternehmen,
- Diversifizierung (Unternehmerinnen) kann Arbeitsplätze schaffen (Urlaub a. d. B.; Bauernhofcafes; Dienstleistungen wie Partyservice; Altenpflege und Kinderbetreuung).

2. Hauptziele der rheinland-pfälzischen Agrarpolitik:

- flächendeckende, wettbewerbsfähige und marktorientierte Landwirtschaft, die nachhaltig und Ressourcen schonend wirtschaftet.
- Zusätzlich: Erzeugung hochwertiger Nahrungsmittel unterstützen, die den Erwartungen der Verbraucher sowohl hinsichtlich Qualität und Sicherheit als auch den Erfordernissen des Tier- und Umweltschutzes gerecht wird.

3. Umsetzung der vorgenannten Ziele (Brüssel maßgeblich!)

- Planungssicherheit schaffen in den Rahmenbedingungen (GAP-Reform; Saison-AK; Besteuerung von Biokraftstoffen),
- Bürokratieabbau,
- Wettbewerbsnachteile vermeiden (1:1-Umsetzung),
- Wettbewerbsfähigkeit verbessern / strukturelle Defizite abbauen (AFP, Junglandwirtförderung, Bodenordnung, Marktstrukturverbesserung und Diversifizierungsförderung auf hohem Niveau),
- Erhaltung der Kulturlandschaft unterstützen (FUL/AGZ),
- neue Marktchancen nutzen (Landwirt als Energieproduzent und als Produzent wertvoller Industrierohstoffe > Clusterbildung/Kompetenzzentrum),
- Image der Landwirtschaft verbessern/Landwirtschaft als moderner zukunftsorientierter Beruf (Akzeptanz für Direktzahlungen erhöhen; Beispiele: Grüne Woche/Tage des offenen Hofes),
- Landwirte noch stärker zu Partnern des Naturschutzes machen (Vertragsnaturschutz; frühzeitige Beteiligung in Planungen; Natura2000; Wasserrahmenrichtlinie).

4. Ländliche Räume umfassend entwickeln

- Wirtschaft/Arbeitsplätze im ländlichen Raum ist mehr als Landwirtschaft und Weinbau.
- Um umfassende Entwicklungsprozesse in Gang zu setzen hat sich das von Rheinland-Pfalz maßgeblich mitentwickelte Konzept der integrierten ländlichen Entwicklung sehr bewährt.
- Dieses Konzept besteht aus 4 Säulen (ILEK, Regionalmanagement, Bodenordnung, investive Maßnahmen) und ist seit 2005 Bestandteil der GAK
- Mit diesem Konzept wollen wir gemeinsam mit der Landwirtschaft den ländlichen Raum fit für die Zukunft machen.

Worin liegen die Vorteile dieser Vorgehensweise?

- Es wird ein umfassender Entwicklungsansatz verfolgt, der alle Themenbereiche einbezieht, die regionale Wertschöpfung erbringen und die Lebensqualität verbessern (mehrdimensionale Strategie die weit über den Bereich Landwirtschaft hinausgeht und Kommunen, Naturschutz, Wasserwirtschaft, Handwerk, Gewerbe, Dienstleister ...einschließt; auch Existenzgründungsprozesse).
- Es wird umsetzungsorientiert gearbeitet (im Gegensatz zur Raumplanung schnell sichtbare Ergebnisse; kurze Planungsphase),
- hohe Akzeptanz durch aktive Einbindung der Bevölkerung zu verzeichnen (Button up; Netzwerkbildung; endogenes Potenzial nutzen),

- bei der Umsetzung der Erarbeitungskonzeptionen können Maßnahmen gebündelt und Synergien genutzt werden (MWVLW als Strukturministerium mit Wirtschafts- und Agrarförderung, Verkehrspolitik, Infrastrukturverbesserung und Tourismusförderung).

Die Strategie der integrierten ländlichen Entwicklung kann auch der Landwirtschaft und dem Weinbau Vorteile bringen (z. B. Einbeziehung in touristische Konzepte; bessere Umsetzung Flächen beanspruchender Maßnahmen).

5. Zukünftige Rahmenbedingungen der Agrarpolitik für die Entwicklung des ländlichen Raums

- Die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums (2. Säule) ab 2007 auf neue Beine gestellt (neue Finanzquelle und neue Rechtsgrundlage; Stichwort ELER-Verordnung).
- Aufgabe für das Land: neuer Entwicklungsplan (ZIL + LEADER = PAUL)
- Problem: Rückgang der EU-Mittel (307 Mio. € auf 245 (217) Mio. € bzw. von 42 bis 43 Mio. € auf 35 Mio. € pro Jahr und Rückgang der GAK-Mittel (2002 = 72 Mio. €, 2006 = 55 Mio. €).

Deshalb Prioritätensetzung notwendig.

- Landwirtschaft = Schwerpunkt (EFRE und andere Maßnahmen im Kontext sehen für Entwicklung des ländlichen Raums).
- Die wettbewerbsverbessernden Maßnahmen genießen Priorität und werden auf hohem Niveau fortgeführt bzw. verstärkt (Juglandwirteförderung).
- Die Ausgleichszulage wird fortgesetzt; bei den Agrarumweltmaßnahmen gibt es vorübergehend Einschnitte.
- ILE, (ILEK, ILE-RM) wird in einem mit LEADER landesweit abgestimmten Modell kontinuierlich fortgeführt.

Was können „reformierte“ Landentwicklungsinstitutionen überhaupt noch leisten?, Dr. Peter Jahnke, Vorsitzender des Fachbeirats der Schule für Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten

1. Problemfelder im ländlichen Raum:

- Krise der Landwirtschaft
- Reindustrialisierung
- Abwanderung
- Überalterung
- Demografische Entwicklung
- Desinteresse der Politik

Fazit:

Jedes dieser Problemfelder ist schon für sich brisant genug. Jedoch haben wir es in der Regel, insbesondere in den Randlagen des ländlichen Raumes, mit einer Schnittmenge dieser Problemfelder zu tun, die einen akuten Handlungsbedarf auslöst. Lösungen sind nur im aktiven Konsens aller Beteiligten und nicht nur durch die Leistung einer Landentwicklungsinstitution zu erreichen, sondern in einer Verantwortungsgemeinschaft des gegenseitigen Ergänzens auf der Grundlage einer Neudefinition der Daseinsgrundfunktionen.

2. Neudefinition der Daseinsgrundfunktionen / Funktionsvielfalt im Zeichen von Verantwortungsgemeinschaft aller Beteiligten

Wie sieht Arbeit künftig aus?

- (neue Formen von Arbeit, von der fremd- zur selbstbestimmten Arbeit, Einkommenskombinationen, neue Produktfelder, neue Symbiosen...),
- Wie sehen Wohnformen der Zukunft für welche Zielgruppe aus? (Wohnqualität, Außen-/Innenentwicklung, generationenübergreifendes Wohnen...)
- Neue Kulturformen im ländlichen Raum („kulturelle Revolution“ im ländlichen Raum, regionale und überregionale Zielgruppenorientierung, Dorfkultur als Standortfaktor...)

- Soziale Netzwerke anstelle der Großfamilie (Gegenseitiges Ergänzen von Lebenserfahrung und Vitalität, Dialog zwischen Jung und Alt, Generationeneinrichtungen, Nachbarschaftshilfen, Kindererziehung ohne Verzicht auf persönliche Entfaltungsmöglichkeiten...),
- Neue Modelle für Versorgung und Infrastruktur (Nahversorgung neu organisiert, neue Abwassersysteme, Schulen, Kindergärten, ÖPNV...)
- Neue Formen von Freizeit und Erholung (zielgruppenorientierte Angebots-/Ausstattungsqualität, regionsspezifische Angebote...).

Fazit:

Eine Verantwortungsgemeinschaft aller Beteiligten beginnt mit der Wahrnehmung von Eigenverantwortung. Auf der Grundlage der Aktivität des Einzelnen kann nach dem Prinzip des gegenseitigen Ergänzens eine neue Vielfalt erzeugt werden als Synonym für eine ländliche attraktive Lebensqualität.

3. Aufgabenverteilung in einer Verantwortungsgemeinschaft

Verantwortungsvolle Gemeinden:

- verfügen über vielfältige Wohn-, Sozial- und Arbeitsfunktionen,
- stellen sich den Veränderungen und entwickeln Funktionen weiter,
- investieren in die langfristige Stärkung der Ortskerne durch Sanierung und Umnutzung von Gebäuden,
- erarbeiten sich Strategien für den Umgang mit ihren jeweiligen demographischen Entwicklungen unter Beachtung der städtebaulichen, sozialen und funktionalen Zusammenhänge,
- setzen auf soziale und räumliche Netzwerke und Kooperationen,
- bieten ein hohes Maß an Lebensqualität durch Freizeit-, Kultur-, Versorgungs-, Arbeits- und Wohnangebote,
- vermitteln ein positives Lebens- und Gemeinschaftsgefühl für Familien, jüngere und ältere Menschen in Verbindung mit bürgerschaftlichem Engagement,
- stellen im Sinne einer Verantwortungsgemeinschaft den Menschen in den Mittelpunkt aller Entwicklungsüberlegungen.

Verantwortungsvolle Planer:

- arbeiten in einem offenen Dialog mit Spielraum für Neues,
- stellen die Bedürfnisse des Menschen in den Vordergrund,
- arbeiten querschnitts- und prozessorientiert,
- stoßen Nachdenkprozesse an,

- arbeiten transparent,
- vernetzen alle Akteure und kooperieren fachlich,
- steigen vom hohen Ross herunter,
- bilden sich weiter.

Verantwortungsvolle Bürger:

- entwickeln ein Bewusstsein für die Gemeinschaft (Alt- und Neubürger)
- entwickeln ein Bewusstsein für Gemeindeprobleme (kein „Nachtwächter-verhalten“)
- bringen sich aktiv in die Ideenentwicklung (mit ihrem Wissen) ein
- bilden sich weiter.

Verantwortungsvolle Landwirte:

- pflegen ein unternehmerisches Denken und handeln kundenorientiert
- haben ein starkes Qualitätsbewusstsein
- agieren in der Gemeinschaft (z.B. wiederbelebte Symbiose mit Handwerk – Belebung der Kreislaufwirtschaft)

Verantwortungsvolle Handwerker und Gewerbetreibende:

siehe oben

Verantwortungsvolle Bildungseinrichtungen schaffen ein Forum:

- für Diskussionskultur,
- für Erfahrungsaustausch,
- für die Entwicklung von Visionen, aber auch
- für die Entwicklung von Zukunftsstrategien,
- ein Forum für die Verantwortungsgemeinschaft.

Verantwortungsvolle Verbände / Kammern:

- beschränken sich nicht auf Lobbyismus,
- leisten Hilfestellung mit Rat und Tat,
- sind für das ganze Land da – auch für den ländlichen Raum.

Verantwortungsvolle Verwaltung („reformierte“ Institutionen ??):

- stellen die Bedürfnisse des Menschen in den Vordergrund,
- handeln kundenorientiert
- haben ein starkes Qualitätsbewusstsein
- nimmt Lenkungsfunktion bewusst wahr,
- setzt fachlich kompetent Schwerpunkte (thematisch – räumlich – zeitlich)
- macht Entscheidungsfindung für alle Beteiligten transparent,
- entwickelt strategische Denkweisen

- ermöglicht kooperative Zusammenarbeit
- bildet sich weiter

Fazit und Schluss:

Eine Verantwortungsgemeinschaft für den ländlichen Raum funktioniert nur, wenn auch die Politik (auf welcher Ebene auch immer) ein aktives Mitglied dieser Verantwortungsgemeinschaft ist!

Eine verantwortungsvolle Politik erkennt, dass unsere Dörfer und ihre Fluren lebenswichtig sind für unsere Gesellschaft, dass sie nicht nur Lederhose zum Laptop sind, sondern ein wesentlicher Standortfaktor im europäischen und internationalen Wettbewerb. Deshalb handelt eine verantwortungsvolle Politik so, dass unsere Dörfer und Fluren lebenskräftig bleiben.

Der französische Schriftsteller und ehemalige Premier Edgar Faure hatte erkannt: „Wenn das Land nicht mehr atmet, ersticken die Städte.“

Zukunft des ländlichen Raumes aus Sicht der Kommunen, Gestaltungsansätze und Wirkungen, Wolfgang Kunz, Bürgermeister, Puderbach, Westerwald

Einführung

Die Verbandsgemeinde Puderbach (Landkreis Neuwied, Region Mittelrhein-Westerwald, 16 Ortsgemeinden, 39 Dörfer, 9.565 ha, 15.128 Einwohner) hat in der Zeit von 1998 – 2000 eine agrarstrukturelle Entwicklungsplanung (AEP) und anschließend von 2001 – 2003 eine Landentwicklungsmoderation (LEM) durchgeführt.

Nach dem Regionalen Raumordnungsplan ist sie dem ländlichen Raum zugeordnet und in den Strukturraumtyp II eingestuft, was bedeutet, dass einzelne Strukturschwächen erkannt sind, die den Raum zu einem Gestaltungsraum aus Sicht der Raumordnung macht.

Ziel

Mit Hilfe des Planungsinstrumentes der AEP wurden in besonderem Maße die Verflechtungen der Landwirtschaft mit den vielfältigen Funktionen des ländlichen Raumes dargestellt und daraus Schlüsse zur Verbesserung der Agrarstruktur und für eine koordinierte Entwicklung des Planungsgebietes gezogen. Alle Funktionen des ländlichen Raumes, wie die regionale Wirtschaftsstruktur, die Belange von Umwelt, Natur und Landschaft, die Wasser- und Forstwirtschaft, Freizeit, Erholung und Tourismus, Kommunalentwicklung sowie Dorferneuerung wurden untersucht und bewertet.

Nach Abschluss der AEP Puderbach war es Ziel aller Beteiligten, die aufgezeigten Handlungs- und Maßnahmenvorschläge in Kooperation mit der Bevölkerung umzusetzen.

Ergebnis

Die Moderation des Landentwicklungsprozesses war gekennzeichnet durch die dauerhafte Mobilisierung des Engagements interessierter Menschen aus der Verbandsgemeinde Puderbach. Die Einbeziehung und die Mitwirkung dieser Menschen bei lokalen Themen war der Erfolgsgarant für diese Umsetzungsmoderation. Es war ein „Wir-Gefühl“ für öffentliche Aufgaben und Belange spürbar, das wir in unserem kommunalen Handlungsbereich in dieser Weise bisher nicht kannten.

Die Ergebnisse der LEM sind überaus positiv einzuschätzen: In acht Projektgruppen wurden zu den Themenschwerpunkten Freizeit und Tourismus, Rad- und Wanderwege, Bachentwicklung und Biotopvernetzung, Ortsentwicklung und Ortsgestaltung, Jugend, Soziales und Kultur, Heimatgeschichte und Regional- und Direktvermarktung sowie in zwei Behördengruppen zu den Themen Betreuung von Kindern und Jugendlichen und der Biotop- und Landschaftsentwicklung durch Flächenmanagement (Ökokonto) beachtliches geleistet.

Als Kernstück und Motor der kommunalen Entwicklung darf jedoch die flächendeckende Bodenneuordnung nicht außer Betracht bleiben. Erst durch die eingeleiteten Flurbereinigungsverfahren werden die Kommunen in die Lage versetzt, die Ergebnisse des Landentwicklungsprozesses beispielsweise durch Ausweisung von Gewerbe- und

Baulandflächen, durch wasserwirtschaftliche und Renaturierungsmaßnahmen, aber auch durch ein gezieltes Flächenmanagement umzusetzen. Ohne finanzielle Unterstützung des Landes sind aber auch solche Maßnahmen nicht denkbar.

Fazit

Aus den Erfahrungen der LEM haben wir erkannt, dass es wichtig ist, die Bürgerinnen und Bürger mit in die Zukunftsplanung der Gemeinde und der Heimat einzubeziehen, um das öffentliche Bewusstsein und das „Wir-Gefühl“ zu schärfen. Ein solcher Prozess ist aber auch nur dann von Erfolg gekrönt, wenn die strategischen Pläne sichtbar für die Beteiligten umgesetzt werden.

Ausblick

Die Darstellungen der AEP und die Erkenntnisse aus der LEM sind für uns Leitbild und zugleich Programm für die Zukunftsgestaltung unserer Verbandsgemeinde. Uns allen ist aber auch klar, dass wir damit alleine den demographischen Wandel noch nicht aufhalten können. Den Schwerpunkt in unserer Aufgabenstellung sehen wir in der Erhaltung vorhandener und der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Dafür haben wir zentrale Gewerbestandorte an günstigen Verkehrsanlagen (A 3) geschaffen. Eine moderate und bedarfsgerechte Ausweisung von Neubaugebieten ist angezeigt, noch stärker haben wir die Dorferneuerung und die Entwicklung der Ortskerne in den Mittelpunkt gerückt. Insbesondere in den beiden größten Gemeinden steht die Ortskernsanierung mit dem Ausbau der örtlichen Verkehrs- und Versorgungsstruktur im Vordergrund.

Leistungsfähige Menschen bevorzugen Orte mit Freizeitmöglichkeiten, deshalb ist es wichtig, für die heimische Bevölkerung sowie für den Touristen ein ansprechendes und abwechslungsreiches Angebot an Freizeit- und Sportanlagen zu schaffen. Kinder, Jugend und Senioren sowie Soziales, Kultur und Heimatgeschichte in seinen verschiedenen Facetten ist eine besondere Aufgabe, der wir uns gerade in der jetzigen Zeit stellen müssen. Die Stärkung der Landwirtschaft liegt uns mit Blick auf die Erhaltung unserer Kulturlandschaft und der Verbesserung der Umwelt besonders nahe und wird durch die Bodenneuordnung in der Flurbereinigung produktiv unterstützt. Schließlich denken wir über die Einrichtung eines angebotsorientierten Ökokontos nach, mit dem wir im Rahmen eines Flächenmanagements öffentlichen Stellen oder privaten Unternehmen gegen Erstattung entstehender Aufwendungen ökologisch aufgewertete Flächen für den Eingriff in Natur und Landschaft zur Verfügung stellen können.

Zum Schluss

Gemeinsam mit den Nachbarverbandsgemeinden Dierdorf, Flammersfeld und Rengsdorf werden wir ab Herbst diesen Jahres ein Regionalmanagement durchführen, um die Raiffeisenregion zukunftsfähig zu machen. Den Bürgerinnen und Bürger bietet sich hier die Möglichkeit, die Entwicklung der Region konstruktiv zu begleiten und gemeinsam mit den zuständigen Behörden zu gestalten.

Wohnen auf dem Land – macht Eigenwertigkeit zukunftsfähig?, Dr. Angela Kunz, Referat Ländliche Entwicklung, Sächsische Landesanstalt für Landwirtschaft Dresden

Die Evaluierung der Ansiedlung junger Familien in sächsischen Dörfern durch die Förderung beim Erwerb eines alten Hauses wurde von der Sächsischen Landesanstalt für Landwirtschaft im Jahr 2006 mittels schriftlicher Befragung sehr komplex vorgenommen. Die Erkenntnisse sind sowohl für die Ausrichtung der Entwicklung ländlicher Räume als auch für die aktuelle Debatte um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse von Bedeutung. 995 verwertbare Fragebögen zeigen, dass diese Förderung in fast allen Belangen nachhaltig ist, da beispielsweise mit 1,7 Kindern je Familie die durchschnittliche Kinderzahl höher liegt als im Durchschnitt Sachsens (1,4 Kinder), dass insbesondere die zugezogenen Familien über überdurchschnittlich hohe Bildungsabschlüsse verfügen (42 Prozent haben Hoch- oder Fachschulabschluss) und 18 Prozent der befragten Erwerbstätigen Selbständige sind (Durchschnitt in Sachsen 11 Prozent).

Diese Förderung hat der Abwanderung aus den ländlichen Räumen entgegengewirkt – 81 Prozent der Befragten wohnten vorher im Dorf, Nachbarort bzw. kommen aus der Gegend - bzw. zu Zuwanderung geführt, da 10 Prozent aus einer sächsischen Großstadt in ein Dorf gezogen sind. Im Sinne der Nachhaltigkeitskriterien ist die für das Wohnen im Dorf notwendige (und anwachsende) Mobilität negativ zu bewerten. So ist der durchschnittliche Arbeitsweg 38 km weit, die Schulwege sind im Durchschnitt bereits 10 km lang, was eigentlich die Höchstgrenze für die Schüler lt. LEP sein sollte. Es zeigt sich allerdings, dass die Motivation der Befragten auf dem Dorf zu wohnen mit der besonderen Lebensqualität begründet ist. So ist für die Befragten Schönheit von Haus, Dorf und Landschaft (54 Prozent der Nennungen) der Hauptgrund gefolgt von Heimat und Familie (19 Prozent) und Kinder und Lebendigkeit (19 Prozent) um im Dorf zu wohnen.

Die Bewohner nehmen die weiten Wege in Kauf, da die besondere Lebensqualität resp. die weichen Standortfaktoren ausgleichend wirken.

Für die künftige Politik werden Empfehlungen dahingehend dargestellt, dass die Bewohner ein positives Image des Lebens auf dem Land ebenso wie eine verlässliche Politik für die Ländlichen Räume brauchen, die sich auch um neue Lösungen zur Milderung der Nachteile bemüht.

Fazit: Eigenwertigkeit des Lebens im Dorf macht zukunftsfähig.

Anschrift der Autoren

Prof. Dr. Ulrike Grabski-Kieron
Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Institut für Geographie
Robert-Koch-Straße 26
48149 Münster
Telefon: (0251) 833 39 22
Fax: (0251) 833 83 52
kieron@uni-muenster.de

Ralf Hornberger
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz
Kaiser-Friedrich-Straße 5 a
55116 Mainz
Telefon: (06131) 16 25 78
Fax: (06131) 16 25 15
Ralf.hornberger@mwvlw.rlp.de

Dr. Peter Jahnke
Schule der Dorf- und Landentwicklung (SLD)
Geschäftsstelle
Klosterberg 8
86672 Thierhaupten
Telefon: (08271) 41 44 1
Fax: (08271) 41 44 2
info@sdl-thierhaupten.de

Wolfgang Kunz
Verbandsgemeinde Puderbach
Hauptstraße 13
56305 Puderbach
Telefon: (02684) 85 80
rathaus@puderbach.de

Dr. Angela Kunz
Sächsische Landesanstalt für Landwirtschaft
Referat Ländliche Entwicklung
Söbringer Straße 3 a
01326 Dresden
Telefon: (0351) 261 24 12
Fax: (0351) 261 24 50
Angela.kunz@pillnitz.lfl.smul.sachsen.de

Vortragsveranstaltung: Neue Wege für Wirtschaftsentwicklung im ländlichen Raum!

Ländlicher Raum ohne Menschen – was bedeutet das?, Martina Kocks, Projektleiterin, Referat Regionale Strukturpolitik und Städtebauförderung, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Der demographische Wandel vollzieht sich in ländlich/peripheren Räumen mit größerer Dynamik als in anderen Gebietstypen. Immer weniger Menschen und massive Verschiebungen in der Alterszusammensetzung kennzeichnen schon heute nicht nur Deutschlands, sondern auch andere europäische Dünnsiedelräume. Und der Entwicklungstrend wird sich weiter fortsetzen!

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die Versorgung der Bevölkerung und damit die Lebensqualität in ländlichen Regionen unter schwierigen finanziellen Bedingungen stabilisiert werden kann. Denn die Bevölkerungsabnahme führt zu Tragfähigkeitsproblemen bei der Infrastruktur. Es kommt zu Angebotsreduzierungen und Schließungen auch privater Unternehmen, verbunden mit erheblichem Imageverlust für Kommunen und Gemeinden, weiteren Abwanderungen und Nachfragerückgang und damit sinkender Steuerkraft.

Im Vortrag werden Konzepte und Strategien aufgezeigt, wie ein wirtschaftlich tragfähiges, richtig dimensioniertes, aber dennoch vielfältiges und erreichbares Angebot entwickelt werden kann. Es werden praktische Beispiele vorgestellt und raumordnerische Instrumente, organisatorische, rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen hinterfragt.

In regionaler Differenzierung gibt es in Deutschland eine große Vielfalt demographischer Entwicklungsmuster. Wachsende, stagnierende und schrumpfende Kreise und Gemeinden liegen teilweise dicht nebeneinander, teilweise bilden sie aber auch größere Flächeneinheiten.

Zukünftig werden immer mehr Kreise von Bevölkerungsrückgängen betroffen sein; flächendeckend alle Kreise werden durch den Alterungsprozess (Zunahme älterer, Abnahme jüngerer Altersgruppen) gekennzeichnet sein mit allen Folgen für Auslastung und Tragfähigkeit von Infrastrukturleistungen. Vor allem die Finanznot der öffentlichen Hand lässt keine Unterschreitung von Tragfähigkeitsgrenzen zu. Neue Angebotsformen, kluge Standortentscheidungen und Erreichbarkeitsstrategien erhalten neues Gewicht. Diese Problematik trifft auf alle Raumkategorien zu; besonders drastisch zeigen sich die Auswirkungen aber in den peripheren Landstrichen Deutschlands. Sie führen heute schon vor, was in Zukunft auf viele Gemeinden und Regionen zukommen wird. Da das Problem von einzelnen Gemeinden nicht bewäl-

tigt werden kann, besteht die Chance in interkommunaler Kooperation und gemeinsamer Abstimmung von Infrastruktur und Dienstleistungen. Gleichzeitig ist es förderlich, die Eigeninitiative der Bürger zu aktivieren und einzubeziehen.

Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) hat im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) eine Reihe von „**Modellvorhaben der Raumordnung**“ (MORO) ausgewählt, die zum Thema „Infrastruktur und demographischer Wandel“ innovative Konzepte vor Ort erproben. Das Aufgabenspektrum richtet sich nach demographischer Ausgangslage, wirtschaftlicher Situation und politischer Prioritätensetzung. Es gehören dazu die Erweiterung der Kinderbetreuung, neue generationenübergreifende Einrichtungen, seniorenorientierte Dienstleistungen zur Verbesserung des Angebots, aber auch zur Nutzung des wachsenden wirtschaftlichen Nachfragepotenzials Älterer und ein breites Spektrum an Handlungsfeldern zur Sicherung der öffentlichen Grundversorgung. Gerade dies ist für die Zukunft ländlicher, dünn besiedelter Räume besonders wichtig.

In ländlichen/peripheren Modellregionen werden Strategien und Konzepte in den Handlungsfeldern Bildung, ÖPNV, medizinische Versorgung und Wasserver- und -entsorgung erarbeitet.

Es wird auch überprüft, wie das Zentrale-Orte-System aufgrund geringerer Bevölkerungszahlen gestrafft werden muss, um eine angemessene Auslastung und Erreichbarkeit von Einrichtungen zu gewährleisten. Und es gibt ein Konzept zur Bündelung von kleinen Angeboten in Siedlungsschwerpunkten unterhalb der Grundzentren, die insbesondere mehrere Funktionen in einem Gebäude, die zeitlich flexible Nutzung der Gebäude und den flexiblen Einsatz von Personal in mehreren Funktionen vorsehen.

Allen Modellvorhaben gemeinsam ist zunächst die Vermittlung des demographischen Wandels und des daraus abzuleitenden Handlungsbedarfs in der Öffentlichkeit; weiterhin sind Bestandsanalysen der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Frage, wie diese zukünftig an Zahl und Altersstruktur der Einwohner angepasst werden kann, Voraussetzung für die Neugestaltung des Infrastrukturangebots.

Ziele sind die Verbesserung der Lebensverhältnisse, die Stärkung der Regionen, der effiziente Umgang mit Haushaltsmitteln, die Vermeidung falsch dimensionierter Planungen mit über Jahre gebundenen Fixkosten. Es sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Bevölkerung in der Region halten, die Standortfaktoren für die Ansiedlung von Gewerbe verbessern und vor allem ein Klima schaffen, das es Familien erleichtert, sich für Kinder zu entscheiden und der älteren Generation einen würdigen Lebensabend beschert.

In ausgefeilten Dialogprozessen - kreisübergreifend, fachübergreifend und zwischen Institutionen mit unterschiedlichen Zuständigkeiten in einem Handlungsfeld - und unter Einbeziehung der Öffentlichkeit wurde das Angebot neu strukturiert.

Kooperationen unter dem Vorzeichen der Schrumpfung beruhen auf der Einsicht, dass die Leistung dauerhaft nur durch gemeinsame Ressourcennutzung oder abgestimmte Angebote bereitgestellt werden kann. Der Verzicht einzelner Gemeinden auf Infrastruktureinrichtungen oder die Ausarbeitung neuer Angebotsformen zu Gunsten der gesamtregionalen Entwicklung erfordert von den Bürgermeistern und Akteuren eine neue Denk- und Sichtweise.

Der Beitrag Integrierter Ländlicher Entwicklung zur Schaffung von Arbeitsplätzen unter besonderer Berücksichtigung der demographischen Entwicklung in Deutschland, Prof. Dr. Karl-Heinz Thiemann, Professur für Landmanagement, Universität der Bundeswehr München, Neubiberg

Die Bewältigung der Folgen des demographischen Wandels und die Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung gehören zu den drängenden Herausforderungen der Landentwicklung, gerade auch in strukturschwächeren Regionen. Hierzu ist eine Strategie notwendig, die sich vor allem an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert und auf die Förderung der Wirtschaftskraft ausgerichtet ist.

Mit dieser Prämisse hat die Arbeitsgruppe „Integrierte Ländliche Entwicklung“ der Deutschen Landeskulturgesellschaft (DLKG) unter Federführung des Landes Rheinland-Pfalz und in Zusammenarbeit mit der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft nachhaltige Landentwicklung ein Strategiepapier erarbeitet, das neue Ansätze für die Vorgehensweise im ländlichen Raum enthält und als Grundsatzpapier für die Weiterentwicklung der Integrierten Ländlichen Entwicklung angesehen werden kann.

Es ist bereits unter dem Titel „Ländlicher Raum auf Roter Liste: Der Beitrag der Integrierten Ländlichen Entwicklung zur Schaffung von Arbeitsplätzen unter besonderer Berücksichtigung der demographischen Entwicklung in Deutschland“ als Sonderheft 01, 2006 in der Schriftenreihe der DLKG erschienen und steht den Tagungsteilnehmer zur Verfügung.

Die zentrale Arbeit wurde im Rahmen eines Forschungsvorhabens geleistet, das vom Land Rheinland-Pfalz an die Universität Bonn (Prof. Dr. T. Kötter, Professur für Städtebau und Bodenordnung) und die Universität der Bundeswehr München (Prof. Dr. K.-H. Thiemann, Professur für Landmanagement) vergeben worden war. Der Vortrag soll die Konzeption und Methodik des Forschungsansatzes erläutern und wesentliche Ergebnisse vorstellen.

Die Gliederung der ländlichen Räume in Deutschland sowie die Trends der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung bilden die Ausgangsbasis der Forschungsarbeiten und werden in den wesentlichen Einflussfaktoren skizziert. Die Kenntnis der Rahmenbedingungen ermöglicht es, den Ansatz des neuen Förderungsgrundsatzes der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) näher zu erörtern und problembezogen zu spezifizieren.

Anknüpfend an die Funktionen und Potentiale ländlicher Räume ergeben sich daraus allgemein Planungsansätze, Handlungsfelder und Beiträge der ILE zur Sicherung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Die weitere Ausformung verlässt den üblichen Ansatz, vom Leistungsvermögen der Instrumente zur Landentwicklung oder gesellschaftspolitischen Vorgaben auszugehen, sondern ergründet zunächst die Erwartungen der Bevölkerung und Wirtschaft an die ländlichen Räume. In Verbindung mit der zuvor erfolgten Spezifikation des Planungs- und Entwicklungsansatzes der ILE führt diese Zielgruppenorientierung zu drei fachübergreifenden Maßnahmenbündeln, die sich wiederum in zwölf zentrale Handlungsfelder zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen gliedern. Sie sind in der nachstehenden Tabelle auf Seite 2 wiedergegeben.

Der Handlungsrahmen ist im Sinne eines Maximalkatalogs zu verstehen, der das mögliche Spektrum der Integrierten Ländlichen Entwicklung aufzeigt. Die weitere Analyse der einzelnen Handlungsfelder bestätigt die These, dass sich das Wirkungspotential der ILE nur ausschöpfen lässt, wenn in einem ganzheitlichen Ansatz der ILE-Konzeption und Umsetzungsmoderation alle Planungsträger und Förderbereiche sowie die maßgeblichen öffentlichen und privaten Akteure mit einbezogen werden.

Um von den strategisch-konzeptionellen Fragestellungen zur Projekt- und Handlungsebene durchzudringen, werden für die identifizierten Handlungsfelder jeweils

- die Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung,
- der Inhalt und Gegenstand des Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzepts (ILEK),
- die Aufgaben der Umsetzungsmoderation (UM) und
- der Beitrag der investiven Maßnahmen der Landentwicklung

näher dargelegt. Dabei kommt deutlich zu Ausdruck, dass der Landentwicklungsverwaltung mit ihrer beratenden und koordinierenden Funktion sowie der Steuerung der grund- und bodenbezogenen Entwicklungsaspekte (Landmanagement, insb. durch Bodenordnung, Dorferneuerung und ländliche Infrastrukturverbesserung) eine Schlüsselrolle innerhalb der ILE zukommt.

Die Kenntnis des möglichen Handlungsspektrums ermöglicht es abschließend, grundsätzliche Aspekte zur Initiierung und Organisation integrierter ländlicher Entwicklungsprozesse zu geben und wesentliche Bausteine für die Leistungsverzeichnisse „Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept (ILEK)“ und „Umsetzungsmoderation“ zu benennen. (siehe Tabelle).

Tabelle: Handlungsfelder der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) zur Stärkung der Wirtschaftskraft und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommensmöglichkeiten

Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommensmöglichkeiten in ländlichen Räumen	1.	Landwirtschaft als eine tragende Säule der ländlichen Räume stärken
	2.	Forstwirtschaft als Rohstofflieferant und zur Pflege des Waldes als prägendes Element der Kulturlandschaft unterstützen
	3.	Rahmenbedingungen für den Dienstleistungssektor als Wachstumsmarkt verbessern
	4.	Wertschöpfung im ländlichen Raum durch Ausbau der regionalen Wirtschaftskreisläufe erhöhen
	5.	Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen schaffen
Allg. Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung	6.	Strategische Allianzen in stärkerer Zusammenarbeit mit der Wirtschaft aufbauen
	7.	Regionalbewusstsein stärken und Grundgedanken der Integrierten Ländlichen Entwicklung breit verankern
Verbesserung der Daseinsvorsorge: Bauland, Infrastruktur, Wohn- und Arbeitsumfeld	8.	Bauland bereitstellen und nachhaltige Raum- und Siedlungsstrukturentwicklung gewährleisten
	9.	Verkehrsinfrastruktur als einen grundlegenden Standortfaktor bedarfsgerecht ausbauen
	10.	Nahversorgung, soziale Dienste und kulturelle Angebote als notwendige Grundversorgung und attraktives Wohnumfeld sichern
	11.	Umwelt-, Erholungs- und Freizeitwert der Kulturlandschaft als weiche Standortfaktoren weiter entwickeln
	12.	Hochwasser- und Gewässerschutz als Standortvorteil im interregionalen Wettbewerb sichern

Leitlinien für die Entwicklung des ländlichen Raumes in Sachsen-Anhalt – ein neues Modell für vernetztes Denken und Handeln, Hubertus Bertling, Referat für Landentwicklung, Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Sachsen-Anhalt

Trotz der Veränderung wesentlicher Rahmenbedingungen in Sachsen-Anhalt, z. B. dem demografischen Wandel, der Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung sowie der sinkenden Einnahmen der öffentlichen Hand, ist im Interesse gleichwertiger Lebensverhältnisse auch im ländlichen Raum eine nachhaltige, d. h. wirtschaftlich, sozial und ökologisch ausgewogene Entwicklung zu sichern.

Es entspricht dem Leitgedanken der Nachhaltigkeit, die Bedürfnisse der heutigen Generation zu erfüllen, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen, eigene Bedürfnisse zu befriedigen, zu gefährden.

Mit Kabinettsbeschluss vom 22.02.2005 hat die Landesregierung die Bildung der Allianz Ländlicher Raum (ALR) als Informations-, Beratungs- und Ideenbündelungsgremium mit sektorübergreifendem Ansatz unter Federführung des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt beschlossen.

Die Strategie zur Entwicklung des ländlichen Raumes wurde im Konsens mit der ALR erarbeitet und umfasst folgende Schwerpunktthemen:

1. Verbesserung der Wirtschaftskraft im ländlichen Raum, durch

- Schaffen und Erhalten von Arbeitsplätzen durch Handwerk, Gewerbe und Dienstleistung,
- Unternehmensgründungen und -erhaltung,
- Stärkung der Land- und Forstwirtschaft,
- Kultur und Natur als Ressource für die Wirtschaft,
- Ausbildung, Qualifikation, Innovation,
- Kommunale Kooperation,

2. Umkehr der Abwanderung vornehmlich junger Leute und Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge im ländlichen Raum, durch

- Sicherung der Grundversorgung der ländlichen Bevölkerung,
- Neugestaltung des Konsens zwischen den Generationen,
- *Schulbildung in der Fläche anbieten,*
- *Kulturelles Potenzial erschließen,*

3. und zukunftsweisender Natur- und Umweltschutz, durch

- Naturschutz mit den Menschen,
- Umwelt- und Klimaschutz durch die Verwendung nachwachsender Rohstoffe,
- Flächenverbrauch verringern, Boden schützen, Altlasten sanieren,
- Hochwasserschutz,
- Gewässerschutz (EG-Wasserrahmenrichtlinie),
- Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.

Die Integrierte ländliche Entwicklung (ILE) als besondere Form der Regionalentwicklung ist hierbei ein geeignetes Instrument, diese Aufgabe mit zu lösen. Sie setzt vordringlich auf den Bottom-up Ansatz, um private Initiativen zur Stärkung der Wirtschafts- und Beschäftigungssituation zu erzeugen. Dieser Prozess wurde in Sachsen-Anhalt 2005 gestartet.

Es sollen die Herausforderungen im ländlichen Raum durch ganzheitliche, gemeindeübergreifende Handlungsszenarien bewältigt werden. Die ILE sieht hierbei die Initiierung, Organisation und Begleitung von regionalen Entwicklungsprozessen über integrierte ländliche Entwicklungskonzepte (ILEK) und Regionalmanagement (RM) vor.

Als ein wesentliches Ergebnis der Stärken- und Schwächenanalysen wird von den Regionen im ILE-Prozess angestrebt, dass Unterschiede in der Wirtschaftskraft und Lebensqualität in den Teilräumen und bei den verschiedenen Schichten der Gesellschaft nicht weiter anwachsen.

Bezogen auf die Ergebnisse im Rahmen der ALR haben sich alle 9 ILE-Regionen in ihren ILEK zunächst auf 2 Handlungsfelder konzentriert.

Diese sind:

- Stärkung der Wirtschaftskraft in der Region,
- demografischer Wandel und Anpassung der öffentlichen Güter (Daseinsvorsorge) an diese Entwicklung.

Darüber hinaus sind von den einzelnen Regionen regionsspezifische Handlungsfelder herausgearbeitet worden.

In einem gemeinsamen Projekt des MLV und des MLU „Wege zu einer nachhaltigen Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt – Ländliche Lebensmodelle für junge Menschen und Familien“ sollen Wege zur Verbesserung und Sicherung der Lebensqualität aufgezeigt werden. Es ist das Ziel, der Abwanderung insbesondere junger Menschen aus dem ländlichen Raum entgegenzuwirken und ihnen eine Perspektive für eine Familiengründung in ihrer Heimatregion zu bieten. Hierzu wurden folgende sieben Modellkommunen ausgewählt:

Stendal, Weißenfels, Wanzleben, Coswig (Anhalt), Gerbstedt, Mieste und Ilsenburg (Harz).

Die Ergebnisse sollen Mitte 2007 in einem Leitfaden für alle Kommunen in Sachsen-Anhalt zusammengefasst werden.

Mit der Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik werden ab 2007 die finanziellen Mittel um ca. 25 Prozent reduziert. Die EU-Förderung ist vordringlich dafür einzusetzen, die Wirtschaftskraft zu stärken und die Arbeitsmarktsituation für die Menschen in unserem Land zu verbessern. Dazu müssen bei insgesamt knapperen Fördermitteln Prioritäten gesetzt werden. Das bedeutet aber auch, dass Projekten nur gefördert werden, soweit die Finanzierung vollständig gesichert ist. Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung des Landes sind Investitionen in Bildung, Forschung, Entwicklung und Innovation sowie die Förderung von Investitionen der gewerblichen Wirtschaft und der Abbau von Hemmnissen bei der Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen. Aus der so genannten zweiten Säule „Entwicklung des ländlichen Raums“ der ELER VO müssen zusätzlich noch neue Aufgaben finanziert werden. Daher ist es notwendig, auch die Mittel der Strukturfonds (insbesondere aus EFRE) für die Entwicklung der Regionen mit einzusetzen.

Mit der Neuordnung der Programme für die nächste Förderperiode der EU schafft Sachsen-Anhalt die Voraussetzungen für eine noch effektivere und zielgenauere Förderung von Wachstum und Beschäftigung, als dies im laufenden operationellen Programm möglich ist.

Sachsen-Anhalt wird nach der nunmehr feststehenden Einigung über die innerstaatliche Mittelverteilung für die Jahre 2007 bis 2013 ca. 3,01 Mrd. Euro EU-Mittel erhalten. Obgleich sich die Finanzausstattung im Vergleich zur laufenden Förderperiode wesentlich verringert, bilden die EU-Fonds auch in den nächsten sieben Jahren ein bedeutendes Rückgrat für die Investitions- und Förderpolitik des Landes.

Grundsätzlich kommt es darauf an, mit möglichst wenig öffentlichen Mitteln ausgewählten Projekten (Leitprojekten der ILEK) den Anschlag zu geben, um nachfolgend eine Verstetigung der Prozessentwicklung zu erreichen.

Das Regionalmanagement, die Landentwickler (Landkreise, Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten, Regional-/Leadermanager) und die Vorhabensträger (Antragsteller) müssen für die ILE-Projekte die Finanzierung in erster Linie aus Eigenmitteln und ggf. zur Anschlagfinanzierung aus den verschiedenen Strukturfonds (ELER, EFRE, ESF, EFF und den Gemeinschaftsaufgaben) akquirieren.

Werbung auf dem Land - Geht das?, Michael Birk, Geschäftsführer, ABRESCH plus Werbeagentur GmbH, Montabaur

- Gegründet am 1. Mai 2005
- hervorgegangen aus der Abresch Kommunikation GmbH
- 18 Mitarbeiter – davon 6 Auszubildende

Gesellschafter:

- trio group communication & marketing GmbH (45%)
- Concence Marken, Menschen, Medien GmbH (35%)
- Michael Birk (10%)
- Esther Siber (10%)

Geschäftsführer: Michael Birk, Esther Siber

Unser Leistungsspektrum

1. Klassische Werbung national und international: TV, Funk, Kino, Plakat und alle Online-Werbeformen
2. Handelsmarketing und Verkaufsförderung: Salesfolder, Konzepte für Events, Verkaufsförderungsmaterial, Beilagen, Handelsanzeigen
3. Business-to-Business-Kommunikation: Fachanzeigen, Broschüren, Mailings, Messestandgestaltung
4. Dialog-Marketing: CRM-Konzepte, Direktmarketing per Post, Telefon und Online
5. Verkaufsberater-Wettbewerbe: Prämienprogramme inklusive der Betreuung von Handelspartnern
6. Markenentwicklung: Strategische Beratung, Positionierung, konzeptionelle Umsetzung
7. Corporate-Design-Entwicklungen

Rahmenbedingungen zur Verbesserung der Wirtschaftskraft Erfahrungen mit Konzepten aus ILE-Regionen, Dr. Karl J. Eggers, MarketingBeratung MBE, Lambrecht

1. Thema und Erfahrungshintergrund

Die Erfahrungen, aus denen ich zu diesem Thema schöpfen kann, stammen aus der Beratung von Kommunen, meist Verbandsgemeinden, aus ILE- und aus Metropol-Regionen mit Schwerpunkt in Rheinland-Pfalz. Der Vortrag konzentriert sich auf die **typischen** Probleme, Ansatzpunkte und Erfahrungen, die kleinere Gemeinden in ländlichen Räumen **generell** charakterisieren.

2. Thesen zum Thema

1. Alle Kommunen und Regionen stehen mit anderen Kommunen an Märkten im Wettbewerb.
2. Der Wettbewerb zwischen den Kommunen bzw. Regionen verschärft.
3. Je größer das örtliche Wertschöpfungspotenzial, desto besser die künftigen Aussichten.
4. Erforderlich ist enges Zusammenwirken aller lokalen / regionalen gestaltenden Kräfte
5. Erfolg hängt von aktiver Gestaltung der Rahmenbedingungen des Zusammenwirkens ab.
6. Durch Standortmarketing kann die Wirtschaftskraft tatsächlich gesteigert werden.

3. Messung der Wirtschaftskraft einer Region

Wer die Wirtschaftskraft eines Standortes – Kommune oder Region verbessern will, muss zunächst einmal wissen, wie groß sie denn derzeit tatsächlich ist. Zur Beschreibung der Wirtschaftskraft stehen eine ganze Reihe von Indikatoren zur Verfügung, die gemessen werden können, z.B.:

- die Kaufkraft pro Kopf und gesamt,
- das Steuerkaufkommen,
- die Einzelhandelszentralität etc.

Für kleinere Städte und Gemeinden in ländlichen Räumen sind diese Daten meistens nicht oder nur sehr lückenhaft verfügbar. Dennoch ist eine objektive Lagebeurteilung notwendig und auch möglich.

4. Verbesserung der Wirtschaftskraft durch Standortmarketing

An jedem Wirtschaftsstandort gibt es **Wertschöpfungsreserven**, die durch systematische Bearbeitung mobilisiert werden können und die Investitionen lohnen, die dafür erforderlich sind. Das ist grundsätzlich möglich durch intensivere Kooperation

- a) der Kommunalverwaltung mit der Wirtschaft,
- b) der Unternehmer untereinander und
- c) der eigenen Kommune mit geeigneten Partnern in der Nachbarschaft, also durch inter-kommunale Kooperation.

Entscheidend wie bei allen Kooperationsvorhaben ist, dass durch die Zusammenarbeit ein erkennbarer Nutzen geschaffen wird und dass dieser künftige Nutzen den Beteiligten auch überzeugend vermittelt werden kann.

5. Befunde zur Ausgangslage

Negativ:

- Die Gemeinderäte müssen erst für das Gemeinschaftswerk sensibilisiert werden
- Das tatsächliche Leistungsprofil des Ortes ist nicht bekannt, selbst Basisdaten fehlen
- Die Selbständigen sind meist schlecht organisiert
- Die Inhaber der Familienunternehmen zeigen oft wenig Unternehmergeist
- Die Landwirte - wichtige Akteure im ländlichen Raum, sind skeptisch

Positiv:

- Zustimmung angesehener Unternehmer zum Standortmarketing-Prozess
- Bereitschaft des Gewerbevereins, einen finanziellen Beitrag zu leisten
- eine positive Haltung der Amtsleiter, die „wirtschaftlich“ denken
- hohe Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, bei kompetenten Bürgern
- mutmachende Berichte von Bürgermeister-Kollegen mit guten Erfahrungen

6. Wie kann man konkret „Wirtschaftskraft verbessern“?

Erfolg kommt nur durch gemeinschaftliches Handeln. Aber zunächst ist sauber zu unterscheiden, wer welchen Beitrag leisten kann: der Staat, die Kommune, die Unternehmer, die Bürger, die Institutionen und die Medien. Wichtig: die Akteure müssen gefordert, aber sie dürfen nicht überfordert werden; vorbildlich erbrachte Leistungen zum Gemeinschaftswerk müssen

öffentlich angemessen gewürdigt werden und auch kommerziell motivierte Beiträge werden anerkannt, wenn sie dem Standort Nutzen bringen

7. Erfolgsvoraussetzungen

- Übernahme der „Motoren“-Rolle durch den/die Bürgermeister/in
- Herbeiführung parteienübergreifenden politischen Willens: Ratsbeschluss
- Mittelfristige Budgetplanung zur Sicherung der Kontinuität des Prozesses
- Zentrale Leitung / Geschäftsstelle im Rathaus (nicht: „Bottom up“ sondern „Top down“)
- Einbezug aller Beteiligten. Aber mit Vorrang für die „Unternehmer“: Bürgerbeteiligung ist wünschenswert, Entscheidungsträgerbeteiligung ist notwendig
- Geschäftsmäßige Abläufe: Klare Prozess-Struktur, klare Verantwortlichkeiten, konkrete
- terminierte Ziele, festgelegte Vorgehensweise, systematisches Projektmanagement
- Vermittlung des Nutzens für die Beteiligten und den Standort insgesamt
- Transparenz: Sicherung eines guten internen Informationsflusses und sorgfältige Öffentlichkeitsarbeit
- Regelmäßige Erfolgskontrolle; eventuell die Ziele realistisch anpassen
- Einsatz externer Berater nur nach präzisiertem Briefing und „Re-Briefing“

8. Schlussfolgerungen

Aus den bisherigen Praxiserfahrungen lassen sich diese Schlüsse ziehen:

1. Die Verbesserung der örtlichen Rahmenbedingungen durch Standortmarketing ist möglich
2. Aber das Verfahren ist langfristig und ein kollektiver Lernprozess für alle Beteiligten
3. Es gibt sehr gute Praxishilfen, die den Lernprozess wirksam unterstützen können
4. Bottom-up funktioniert nicht; besser ist: Top-down mit Entscheiderbeteiligung
5. Ein Leitbild kann hilfreich sein; aber wichtiger ist ein terminierter Arbeitsplan
6. Interkommunale Kooperation ist für das Regionalmanagement nötig und sinnvoll, aber vorab sollte jeder Partner der Kooperation seine Hausaufgaben selbst machen.

9. Empfehlungen an die Bürgermeister

- Das nötige Grundwissen erwerben
- Die Führung des Prozesses als „politischer Unternehmer“ übernehmen, wie jeder
- Unternehmer mit Hindernissen und Rückschlägen rechnen und trotzdem „dranbleiben“
- Zentrale Verantwortlichkeiten im Rathaus schaffen und ein vorbildlicher Kooperationspartner sein

- Mit kompetenten Entscheidungsträgern anfangen, unternehmerische Geister aus allen Bereichen des öffentlichen an den Tisch holen
- Allen Akteuren klarmachen, dass das Standortmarketing kein Modeerscheinung ist, sondern eine ernste Daueraufgabe wird, die allen zugute kommt, wenn sie gut gelöst wird
- Legen Sie Ihre Anforderungen genau fest, bevor Sie ein externes Beratungsbüro zuziehen; verlangen Sie vor Auftragserteilung ein detailliertes Re-Briefing
- Machen Sie Ihr Standortmarketing nicht abhängig von staatlichen Zuschüssen; allen Beteiligten muss klar sein, dass ein Zuschuss nur eine „Anschubfinanzierung“ und Hilfe zur Selbsthilfe sein kann.

Erfolgreiches Standortmarketing - das Beispiel Adenau, Hermann-Josef Romes, Bürgermeister, Adenau, Eifel

Ausgangslage Agrarstrukturelle Entwicklungsplanung in den Jahren 1998 - 2002

Der heutige Standortmarketingprozess beruht auf einer maßgeblich vom Land Rheinland-Pfalz finanziell geförderten Agrarstrukturellen Entwicklungsplanung (AEP) mit dem Primärziel der Sicherung wettbewerbsfähiger landwirtschaftlicher Betriebe und integrierter Landnutzung. Hierbei ergab sich bedingt beispielsweise durch die Wechselwirkungen von Agrarbereich, Forstwirtschaft, Dorferneuerung, Gewässerschutz eine darüber hinausgehende regionalwirtschaftliche Betrachtungsnotwendigkeit, die in einem Standortmarketingprozess mündete.

Standortmarketing ab dem Jahre 2002

Der Verbandsgemeinderat Adenau, der seinerzeit gerade gegründet und heute 218 Mitglieder zählende Gewerbeverein Adenau e.V. und der ebenfalls seinerzeit neu gegründete und heute 195 Mitglieder zählende Tourismusverein Hocheifel-Nürburgring e.V. gaben in übereinstimmenden Beschlüssen „grünes Licht“ für den Beginn eines in ihrer gemeinschaftlichen Trägerschaft durchzuführenden Standortmarketings für die 257 qkm große und 37 Ortsgemeinden zählende Verbandsgemeinde Adenau mit rd. 15.000 Einwohnern. Die vor Ort ansässigen Geldinstitute erbrachten namhafte Geldleistungen zur Schaffung eines finanziellen Grundstocks. Das Ziel: „Erarbeitung realistischer Rahmenbedingungen zur Erlangung einer maximalen Wertschöpfung mit Methoden einer marktorientierten Unternehmensführung“.

Offener Prozess

Auf öffentliche Einladung erschienen zu einer sog. „konstituierenden Sitzung“ rd. 100 Mitbürgerinnen und Mitbürger. Es wurde beschlossen, den Standortmarketingprozess als „offenen“ Prozess anzulegen, d.h. jede Mitbürgerin und jeder Mitbürger sollte die Möglichkeit erhalten, sich jederzeit an einer ausschließlich von ihm bestimmten Stelle am Prozess beteiligen zu können, den Standortmarketingprozess nach den Grundsätzen der AGENDA 21 zu organisieren und die Gleichberechtigung von Mann und Frau als Querschnittsaufgabe zu verwirklichen.

Organisation, Finanzen

Die Beteiligten bildeten aus ihrer Mitte heraus fünf Arbeitsgruppen: „Handel, Handwerk, Gewerbe, Dienstleistungen, Verkehr“; „Landwirtschaft, Forsten, Landschaft, Natur“; „Gastronomie, Tourismus“; „Bildung, Kultur, Kunst“ und „Gesundheit, Fitness, Sport“.

Die Leitung obliegt einer „Lenkungsgruppe“. Ihr gehören an die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen, der Vorstand des Gewerbevereins, der Vorstand des Tourismusvereins, die Beigeordneten der Verbandsgemeinde, der Sprecher der Ortsbürgermeister, Vertreter der Geldinstitute und ein Vertreter des Dienstleistungszentrums ländlicher Raum. Die Leitung obliegt dem Bürgermeister.

Lenkungsgruppe und Arbeitsgruppen sind lose Verbände. Die Arbeitsgruppen verwalten sich selbst und tagen im Rhythmus von 2 – 3 Monaten. Der Abgleich der Informationen und die Herbeiführung von Abstimmungen über Schwerpunktfestlegungen erfolgt in der Lenkungsgruppe.

Verbandsgemeinde, Tourismusverein und Gewerbeverein stellen jährlich ein Grundbudget von je 2.000 €. Darüber hinausgehender Finanzbedarf wird je nach Projekt separat gedeckt.

Datenerhebung und Bewertung

Grundlage aller Aktivitäten war eine umfassende Datenerhebung und Bewertung der Stärken und Schwächen durch Fachleute: Befragung aller landwirtschaftlichen Betriebe, Unternehmerbefragung, Kunden- und Bürgerbefragung, Expertenanhörungen, Sichtung aller in jüngster Vergangenheit ermittelten Daten sowie der bislang erstellten Planungen und Gutachten. Derzeit erfolgt eine Befragung der Gesundheitsdienstleister zur Kooperationsbereitschaft in Zusammenarbeit mit einer Fachhochschule

Moderation

In der ersten Phase des Standortmarketingprozesses wurde mit finanzieller Unterstützung des Landes Rheinland-Pfalz ein Marketingexperte mit der Moderation beauftragt. Heute wird eine Moderation bei Bedarf beauftragt.

Öffentlichkeitsarbeit

Über die Aktivitäten und Ziele der einzelnen Arbeitsgruppen wird regelmäßig in der örtlichen Presse und in den kommunalen Nachrichten durch eine ehrenamtliche Pressewartin berichtet. Eine separate Internetdarstellung erfolgt über die Verbandsgemeindeverwaltung. Der Verbandsgemeinderat und die Ortsbürgermeister werden durch den Bürgermeister fortlaufend informiert.

Projekte (fortdauernde):

Bodenordnungsmaßnahmen, Bewertungssystem Ökokonto, Etablierung von Obstbaumschnittkursen, Kooperation von Gastronomiebetrieben zur Vermarktung von Produkten aus der örtlichen Landwirtschaft, Ausbildungsplatzbörse, Unternehmerforum, Adenauer Gesundheitswoche, Anlage von Nordic-Walking-Strecken, „Leerkataster“ - Vermittlung leerstehender Ausstellungs- und Verkaufsräume, Stadtverschönerung, Gesundheitsführer, touristische Beschilderung, Energetische Holznutzung, Thematisierung der demographischen Entwicklung u.a.

Immaterieller Nutzen:

Erstarktes „Wir-Gefühl“, vielfältige Kooperationen, regelmäßiger Informationsaustausch und Versachlichung der Diskussion, Entstehen von „kurzen Wegen“, Standortmarketingprozess als „Ideenbörse“

Erfolgreiches Standortmarketing

Trotz der Tatsache, dass sich Standortmarketing nicht „verordnen“ lässt und dass es für die Abläufe kein allgemeinverbindliches formales Recht gibt funktioniert es, weil ideologische Betrachtungswinkel zurückgestellt werden, weil kommunale Räte die neue Art der Entscheidungswege akzeptieren, weil Idealismus und Toleranz vorherrschen und die Erkenntnis an Boden gewinnt, dass wirtschaftliche, ökologische und soziale Wertschöpfung in einer solchen Form der Zusammenarbeit eine besondere Chance auf Erfolg hat.

Anschrift der Autoren

Martina Kocks
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns-Aue 31 – 37
53179 Bonn
Telefon: (01888) 401 2321
Fax: (01888) 401 2346
Martina.kocks@bbr.bund.de

Prof. Dr. Karl-Heinz Thiemann
Universität der Bundeswehr München
Professur für Landmanagement
Werner-Heisenberg-Weg 39
85579 Neubiberg
Telefon: (089) 600 44 598
Fax: (089) 600 44 090
k-h.thiemann@unibw-muenchen.de

Hubert Bertling
Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Sachsen-Anhalt
Olvenstedter Str. 4-5
39108 Magdeburg
Telefon: (0391) 567 1849
Fax: (0391) 567 1849
bertling@mlu.lsa-net.de

Mechthild Kern
Ministerium für Landwirtschaft, Verkehr und Weinbau Rheinland-Pfalz
Stiftsstr. 9
55116 Mainz
Telefon: (06131) 162525
Mechthild.kern@mwvlw.rlp.de

Michael Birk
Geschäftsführer
ABRESCH plus Werbeagentur GmbH
Ruhrstr. 2
56410 Montabaur
Telefon: (02602) 1601-730
Fax: (02602) 1601-990
mbirk@abresch-plus.de
www.abresch-plus.de

Dr. Karl J. Eggers
MarketingBeratung Dr. Eggers
Gartenstr. 25
67466 Lambrecht
Telefon: (06325) 95014
Fax: (06325) 95015
Dr.eggers-mbe@t-online.de

Herrmann-Josef Romes
Verbandsgemeinde Adenau
Kirchstr. 15
53518 Adenau
Telefon: (02691) 30511
Hermann-josef.romes@adenau.de